



Pressemitteilung

„Die Regierung geht mit der Sense durch die soziale Landschaft“

Aktionsbündnis Soziales kündigt Protesttag am 17. Juni an

Mit einer Demonstration vor dem Landeshaus will das „Aktionsbündnis Soziales“ übermorgen (Donnerstag, 17. Juni) zwischen 8 und etwa 10.30 Uhr gegen die geplanten Kürzungen der Landesregierung im sozialen Sektor protestieren. Das Bündnis, dem die Freien Wohlfahrtsverbände, die Gewerkschaft ver.di und die Betriebsräte sozialer Einrichtungen angehören, befürchten tiefe Einschnitte ins soziale Netz, wenn die Mittel wie vorgesehen gestrichen werden. Besonders betroffen seien kleine Vereine, ehrenamtliche Projekte und Selbsthilfegruppen. Auch zahlreiche Arbeitsplätze seien in Gefahr.

„Wir bemängeln nicht, dass gespart wird, sondern wie gespart wird“, sagte Georg Falterbaum, Geschäftsführer der Caritas und Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände (LAG FW). „Dies ist nicht mal mehr die Rasenmäher-Methode – die Regierung geht mit der Sense durch die sozialen Leistungen.“ Das Ergebnis sei ein Sterben vieler kleiner, oft hoch spezialisierter Beratungsstellen und Hilfen. „Die Menschen, die dort betreut werden, bleiben mit ihren Nöten allein.“ Damit werde gleichzeitig ehrenamtliches Engagement vernichtet, so Günter Ernst-Basten, Vorstand des PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein und stell-

vertretender Vorsitzender der LAG FW: „Praktisch jede hauptamtlich besetzte Stelle wird von Freiwilligen begleitet. Aus der Gemeinsamkeit von Haupt- und Ehrenamt wächst der gesellschaftliche Mehrwert – keine der beiden Gruppen könnte allein das leisten, was beide gemeinsam schaffen.“

Eva Schleifenbaum (ver.di) erklärte: „Jetzt Arbeitskräfte zu entlassen in einer der wenigen Zukunftsbranchen, die Schleswig-Holstein hat, würde nicht nur die Arbeitsbedingungen der Verbleibenden dort verschlechtern und Bürger in ihrer Not alleine lassen, sondern auch dem Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein nachhaltig Schaden zufügen.“ Volker Nehrhoff vom Bündnis der Betriebsräte und Mitarbeitervertretungen sozialer Einrichtungen verwies auf die bereits heute äußerst knappen Personalressourcen: „Wenn es jetzt zu Kürzungen kommt, fürchten wir eine weitere Verlagerung auf Leiharbeits- oder Honorarkräfte. Darunter leidet die Qualität – so wollen wir nicht arbeiten.“ Alle Beteiligten hoben hervor, dass in dieser Lage die Verbände als Arbeitgeber und die Arbeitnehmer an einem Strang ziehen müssten.

Wie sich die Kürzungen auf die Arbeit auswirken, berichtete Ursula Schele vom Landesverband Frauenberatung. „Wir werden viele Angebote nicht halten können, der Zuschuss für die Mädchentreffs ist sogar ganz gestrichen“, erläuterte Schele. „Angesichts stetig steigender Anfragezahlen bei sexueller und häuslicher Gewalt sowie Kindesmissbrauch ist das eine Katastrophe, zumal hier die schulische Präventionsarbeit sogar rückwirkend gekürzt wurde. Runde Tische und Zagungen alleine reichen nicht aus, die Betroffenen brauchen zuverlässige professionelle Hilfen.“

Am Donnerstag, 17. Juni, wollen Beschäftigte sozialer Einrichtungen, ehrenamtlich Tätige sowie die Nutzerinnen und Nutzer der Angebote vor dem Landeshaus die Abgeordneten auf ihrem Weg ins Parlament begrüßen. In kurzen Wortbeiträgen werden Betroffene schildern, wie sich die geplanten Kürzungen auf ihre Situation auswirken würden. Die Abschlussveranstaltung findet auf der Krusekoppel statt.

Das Aktionsbündnis Soziales repräsentiert eine Vielzahl von Einrichtungen und Gruppen der sozialen Arbeit im ganzen Land. Insgesamt stellen die Wohlfahrtsverbände in Schleswig-Holstein rund 70.000 Vollzeit-Arbeitsplätze, mehrere Hunderttausend Menschen engagieren sich freiwillig.

Kiel, 15.06.2010

Für Rückfragen:

Günter Ernst-Basten
Vorstand
Der PARITÄTISCHE Schleswig-Holstein
Tel. 0431 - 56 02 12